

Es reicht!

Was haben wir Lehrerinnen und Lehrer uns in den letzten Monaten wieder alles anhören müssen! Geschickt wurde die Boulevardpresse dazu benützt, durch gezieltes LehrerInnenbashing den Weg zu bereiten für mögliche neue Einsparungen im Bildungswesen. Der Wiener Bürgermeister war sich nicht zu schade, gleich nachzulegen mit seinem Dienstagsager – mit Wahlen vor der Tür ist halt alles recht, was die Stammtische bedient!

Zwei Stunden mehr sollten es diesmal wieder sein – 10% Arbeitszeiterhöhung, selbstverständlich ohne Lohnausgleich. Laut Gabriele Heinisch-Hosek (fast hätte ich Claudia Schmied geschrieben): „Zwei Stunden mehr in der Klasse sind den LehrerInnen schon zumutbar.“

Gut gewählt der Termin dieser Aussagen: kurz vor Ferien, in diesem Fall Ostern, wo unser Berufsstand zum begehrtesten im ganzen Land wird und jede/r Lehrer/in sein möchte, wo die österreichische Neidgesellschaft besonders sensibel auf uns angebliche PrivilegienritterInnen reagiert.

Respektlos ist dieses Verhalten und einer positiven Entwicklung unseres Bildungswesens vollkommen zuwider laufend. Ich frage mich einmal mehr, wie wir dazu kommen, uns wieder und wieder rechtfertigen zu müssen für eine Arbeit, die die große Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen mit unglaublichem Engagement und persönlichem Einsatz erledigt und die für viele von uns weit mehr ist als bloßer Broterwerb.

Unsere Unterrichtszeit wird eins zu eins der Arbeitszeit der OECD-Länder gegenübergestellt, wohl wissend, dass dabei alles, was wir außerhalb der Klasse tun, ausgeblendet ist. Von der Erziehungsarbeit, die die Gesellschaft großteils an die Schule abgegeben hat, ganz zu schweigen.



von **Christine Mössler**
(HLW Graz, stv. Vorsitzende
des Fachausschusses
Steiermark)

Dabei wissen wir alle, worum es wirklich geht: die Hypo aufzufangen und eine Steuerreform durchzusetzen, deren Gegenfinanzierung noch nicht gesichert ist. Diese Lücken gilt es zu schließen, und das soll durch Einsparungen im Öffentlichen Dienst geschehen. Laut Berechnungen von ExpertInnen kann die Regierung, wird die Unterrichtspflicht erhöht, in den nächsten Jahren 20.000 LehrerInnen einsparen (Salzburger Nachrichten vom 18-04-2015). Das brächte pro Jahr mehr als 300 Millionen Euro als Gegenfinanzierung für die Steuerreform. Niemand innerhalb der Regierung erinnert sich mehr daran, dass wir Lehrerinnen und Lehrer so wie der gesamte Öffentliche Dienst schon in den letzten zwei Jahrzehnten massive finanzielle Einbußen hinengenommen haben und im System Bildung

seit Gehrer nur noch Sparen angesagt ist.

Und es geht wieder nur ums Geld und nicht um Qualität. Kein Experte berechnet, wie hoch der Schaden für das österreichische Bildungssystem sein wird, wenn die Kluft zwischen Lehrenden und Öffentlichkeit weiter bewusst vergrößert wird und der politische Wille völlig fehlt, die dringend notwendigen Reformen, u.a. bezüglich Arbeitsplatzbedingungen, Klassengröße, administrativem und vor allem sozialpädagogisch/psychologischem Supportpersonal, zu finanzieren. ▷

Bitte vormerken:

„Pädagogik der Anerkennung“
Vortrag von und Diskussion mit Frank Dölker
Mittwoch, 24.6.2015, 19:00 Uhr
HLW Schrödingerstraße 5, 8020 Graz

▷ Im internationalen Standortranking ist Österreich seit 2007 um 15 Plätze zurückgefallen und liegt jetzt auf Platz 26. Zur Gegensteuerung empfehlen ExpertInnen u.a. verstärkt Investitionen im Bildungsbereich, die, wie wir wissen, die größte Umwegrentabilität haben.

Aber das Mia-san-mia-Denken der österreichischen Bundesregierung lässt sich davon nicht erschüttern. Viel wichtiger sind da Erfolge wie eine Steuerreform, die keine ist, weil sie nicht wirklich gegenfinanziert ist. Dafür steht die Koalitionsregierung kurzfristig gut da – da ist ein Hinhalten auf die StaatsdienerInnen schon drinnen.

Mit dem finanziellen Aushungern des Öffentlichen Dienstes (sowie des Sozial- und Gesundheitssystems) begibt sich unsere Regierung auf ein gefährliches Terrain, liegt dabei aber voll im Trend des neoliberalen Umbaus unserer Gesellschaften. Trennung

von Politik und Ökonomie ist angesagt, Privatisierung hoch im Kurs. Irgendwann, wenn die staatlichen Ressourcen nicht ausreichen, kommen die Angebote privater InvestorInnen.

Dann haben wir die Zweiklassengesellschaft mit ausgezeichneten Bildungschancen für eine elitäre Oberschicht und eine pädagogische Grundversorgung für den Rest. SPÖ und ÖVP werden da nicht Nein sagen. Immerhin verspricht das System, das wir aus den USA kennen, endlich tolle Platzierungen in den hoch gepriesenen Bildungsrankings. Und es kommt billig. Bezahlt wird es – etwa in den USA – mit ca. 15% funktionalen Analphabeten in der Gesamtbevölkerung (derStandard.at vom 09-01-2009). Doch um diese Gruppe müssen sich die beiden Parteien, die immer noch die Wortbestandteile „Volk“ bzw. „sozial“ in ihren Namen führen, nicht kümmern. Das tut die FPÖ, die kann das. Und sie braucht, um gewählt zu werden, auch kein besonders gebildetes Publikum.

Modulareidulio

Modularisierung auf österreichisch – oder: Da kommt was auf uns (und die SchülerInnen) zu.

Gerüchten zufolge gibt es noch Schulen, in denen über die Modularisierung noch kaum gesprochen wurde. Schulen, denen nicht klar ist, ab welchem Jahrgang die Modularisierung der Oberstufe kommt. Falls das tatsächlich so ist: Es sind die ersten Klassen, die im kommenden Herbst in unsere Schulen kommen. Für die gilt dann, dass sie ab dem zweiten Jahrgang modularisiert geführt werden.

Modularisierung – das klingt ja sehr gut, klingt nach Wahlmöglichkeiten, klingt danach, dass endlich das unsägliche Wiederholen ganzer Jahrgänge zurückgedrängt wird, dass alles viel schülerInnenfreundlicher wird.

Tatsächlich wird es möglich, mit zwei Nicht genügend aufzusteigen, über den Beschluss der Klassenkonferenz ist es sogar möglich einmal mit drei Nicht genügend aufzusteigen. Dazu gibt es LernbegleiterInnen, die die SchülerInnen unterstützen werden.

Aber, wie es angegangen wird, ist typisch österreichisch. Das Ganze entpuppt sich als Etikettenschwindel. Wieder einmal werden nur Türschilder ausgetauscht. Wahlmöglichkeiten – keine. Das Semester wird zum Modul und damit zur großen Stolperfalle für SchülerInnen und LehrerInnen. Tatsächlich muss jetzt jedes Semester für sich positiv abgeschlossen werden. Aufsteigen mit zwei Nicht genügend? Ja, schon, aber – diese beiden Nicht genügend können SchülerInnen in einem Jahr in einem Gegen-



von **Karlheinz Rohrer**
(BAKIP Hartberg, Landesleitung
BMHS-LehrerInnen, Fachaus-
schuss Steiermark)

stand haben. Eines im Winter und eines im Sommer. Und mehr als zwei davon dürfen gar nicht mitgeschleppt werden. Und alle müssen vor dem Abschluss ausgebessert sein, sonst gibt es kein Antreten zu den abschließenden Prüfungen. Wurde bisher etwa mit der berühmten Aufstiegs Klausel aufgestiegen, musste der „Fünfer“ nicht ausgebessert werden. Jetzt unbedingt!

Dazu kommt, dass bisher einige LehrerInnen sich vielleicht gedacht haben könnten, dass ihr Gegenstand nicht so wichtig sei, dass wegen dieses Ein- oder Zweistundenfaches SchülerInnen eine ganze Schulstufe wiederholen müssen. Da könnte es leicht sein, dass solche LehrerInnen jetzt wesentlich leichter zum Nicht genügend greifen, weil es betrifft ja nur dieses Modul.

Alles in allem wird es für die SchülerInnen sicher viel schwieriger aufzusteigen.

Und wir LehrerInnen? Wir stehen vor unzähligen organisatorischen Problemen.

Die Einteilung in zwei unabhängige Module engt uns weiter ein, Flexibilität, Aktualität, Lebensweltbezug werden immer weiter zurückgedrängt werden, weil „ich muss ja meinen Stoff durchbringen“. Die Schulorganisation wird immens schwieriger mit all den durch die Module erzeugten Unklarheiten, mit SchülerInnen, die außerhalb von Klassenverbänden noch einzelnen Modulen nachhaken. Semesterprüfungen werden sich häufen, die von Arbeitsaufwand und Durchführung her wie eine Wiederholungsprüfung sein werden. Dazu die noch völlig unklare Rolle der LernbegleiterInnen. Das werden auch wir sein.

▷ Klar ist nur: Wir haben als solche Stimmrecht in der Klassenkonferenz. Juhu! Und klar ist, dass das Kontingent für bezahlte Lernbegleitung pro Klasse streng und eng limitiert sein wird. An eine Einrechnung der sicher enorm fordernden Lernbegleitung in die Lehrverpflichtung – was als der einzig gerechte Weg dagegen erscheint wieder einmal Mehrarbeit erbringen zu müssen – ist natürlich nicht gedacht. Das alles ist nur die Spitze des Eisbergs, auf den wir uns wieder wohl vorbereitet zubewegen.

Was ich mir wünsche, ist echte Modularisierung. Das würde bedeuten, dass wir definieren müssten, wie weit SchülerInnen in einzelnen Unterrichtsfächern kommen müssen. Das könnte bedeuten, dass sie nur in absolut ausbildungsrelevanten Gegenständen das

bisherige Niveau erreichen müssen. Das könnte bedeuten, dass sie einzelne Pflichtgegenstände schon ein, zwei oder gar drei Jahre früher abschließen können. Und dann – freie Auswahl sinnvoller – auch ausbildungsrelevanter, persönlichkeitsbildender und einfach interessanter Module im Ausmaß der Stunden wie bisher. Dabei sollte den Schulen ein großer Freiraum gegeben werden, denn die wissen am besten, welche Skills noch benötigt werden, welche Talente regional gefördert werden sollten. Arbeit an den eigenen Stärken in Klein- und Mittelgruppen, mit SchülerInnen, die wegen ihres Interesses besonders motiviert sind. So könnte es ausschauen, wenn Bildungspolitik in Österreich nicht Sparpolitik wäre.

Gewerkschaftswahlen – na wirklich?

Ja, im Herbst – am 4. und 5. November – werden in der Steiermark zwei gewerkschaftliche Gremien gewählt: die Gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse (GBAs) für jede BMHS mit mindestens zwanzig Gewerkschaftsmitgliedern (gibt es fünf bis 19 Mitglieder, werden Vertrauensleute gewählt) und die Landesleitung der GÖD-Steiermark/Sektion BMHS-LehrerInnen. Wahlberechtigt sind alle KollegInnen, die am 14. Juni Mitglieder der GÖD sind, also in etwa 50% aller steirischen BMHS-LehrerInnen. Jenes gewerkschaftliche Gremium, in dem die wichtigsten Entscheidungen getroffen werden – die Bundesleitung –, stellt sich auch diesmal nicht der Wahl. Die Christdemokratischen GewerkschafterInnen bunkern mit Verweis auf Gewerkschaften,

in denen die SozialdemokratInnen die Mehrheit haben und sich gleich verhalten, und legen die Ergebnisse der vorjährigen Personalvertretungswahlen um ...

Wie auch immer: Die Wahlen zur Landesleitung sind ein guter Anlass, die STELI-UG in diesem Gremium zu stärken – für Demokratie, Unabhängigkeit von Parteien und Fortschritt, für eine starke attraktive und kämpferische Mitgliedergewerkschaft! Wer also jetzt beitrifft, hat die Chance, die Politik der GÖD mitzugestalten – wenn auch nur auf den untersten Ebenen. Unser Vorschlag: Tretet der alten Gewerkschaft bei und macht sie mit uns neu!

SPENDENAUFBRUF

Wir ersuchen alle Kolleginnen und Kollegen, die am Fortbestand der Steirischen LehrerInnen Zeitung (Stei*Le*Zeit), der parteiunabhängigen, aber nicht unpolitischen LehrerInnenzeitung Interesse haben, uns auch finanziell zu unterstützen und danken für Überweisungen auf das STELI-UG-Konto bei der BAWAG-PSK, BIC: OPSKATWW, Ktonr. AT45 6000 0000 9204 5066. Heuer werden insgesamt vier Ausgaben der Stei*Le*Zeit erscheinen, jede kostet uns 450.- (Druck, Versand). Von der GÖD-BMHS-Landesleitung erhalten wir 300.- Fraktionsgeld, der Rest (1.500.-) muss durch Spenden gedeckt werden.



Aktuelle Informationen unter <https://www.facebook.com/STELI.UG> und www.steli-ug.at

Impr.: Steirische Lehrer/innen Initiative – Unabhängige Gewerkschafter/innen (STELI-UG), Kalvarienbergstraße 127/5, 8020 Graz.
Verantw. Red. f. diese Ausgabe: Alfons Wrann, Haymo Sternat. Druck: Khil, Graz.

„Pädagogik der Anerkennung“

Vortrag von und Diskussion mit

Frank Dölker

Mittwoch, 24. Juni 2015, 19:00 Uhr

HLW Schrödingerstraße 5, 8020 Graz

Der furchtbare Anschlag auf Charlie Hebdo in Paris und die Tatsache, dass auch in Österreich mehr als 140 Jugendliche zum Ziel von IS-Anwerbungen wurden, hat uns von der STELI-UG bewogen, den renommierten Integrationsexperten Frank Dölker von der Hochschule Fulda zu einem Vortrag nach Graz einzuladen.

Zur Person: Frank Dölker, M.A. Intercultural Communication, ist Hochschullehrer an der Hochschule Fulda mit Schwerpunkt Methoden Sozialer Arbeit und Interkulturelle Kommunikation. Als diplomierter Sozialarbeiter war er 15 Jahre in der Jugendsozialarbeit tätig und ist Vorsitzender der Bundes-Arge Streetwork in Deutschland.

Inhaltliche Schwerpunkte des Vortrages: Kulturelle Identität / Integration und Inklusion / Dimensionen der Interkulturellen Kommunikation / Migrationshintergrund als Ausgrenzungsmerkmal / Transkulturalität als Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts.



STEIRISCHE LEHRER/INNEN INITIATIVE
Unabhängige Gewerkschafter/innen